

Liebe Freunde der Freien Wähler in der Region Stuttgart, sehr geehrte Damen und Herren,

die Regionalpolitik nimmt einige ungelöste Aufgaben, ja „Aufreger“ in die bevorstehende Sommerpause.

Die Wohnungsknappheit, die in den Zentren immer stärker untere und mittlere Einkommen trifft, die täglichen Staus auf unseren Straßen, die von der Landespolitik nicht mit dem nötigen Nachdruck angegangen werden, die Fortschreibung des Regionalplans zum Thema „Windkraft“ und ständig steigende Kosten für den ÖPNV, denen keine ausreichende Finanzierung durch Bund und Land gegenüber steht. Dies ist nicht verständlich, denn dank der florierenden Wirtschaft und einer äußerst niedrigen Arbeitslosigkeit hat der Landeshaushalt den notwendigen finanziellen Spielraum.

Man könnte diese Liste noch erweitern, vor allem um solche Themen, die nicht in der unmittelbaren Verantwortung der Regionalversammlung liegen, die aber deren Arbeit nachhaltig tangieren. Zu nennen wären der Fachkräftemangel, die Novellierung der Landesbauordnung, die neben den steigenden energetischen Vorgaben das Bauen immer weiter verteuert, die Mietpreisbremse, die nur Symptome bekämpft, ohne der Problematik an die Wurzel zu gehen oder die steigenden Preise im VVS, die den Ruf nach einem Sozialticket immer lauter werden lassen.

Die ins Haus stehende Landtagswahl lässt befürchten, dass der für das wirk-

same Gegensteuern notwendige „Tiefgang“ in der Landespolitik vordergründigen Debatten Platz macht.

Wir Freien Wähler werden auf Gemeinde-, Kreis- und Regionsebene diese Themen wie gewohnt sachlich-kritisch aufgreifen und die Politik zum Handeln herausfordern. Wir finden dabei tatkräftige Unterstützung durch den Landesverband Freie Wähler, der sich unter Führung des neuen Landesvorsitzenden Wolfgang Faißt eine deutlich aktivere Einmischung in alle Politikfelder vorgenommen hat, die die kommunale Daseinsvorsorge berühren.

Alle Fraktionen der Freien Wähler, besonders auch die Regionalfraktion, sind dabei auf die Unterstützung unserer Mitglieder vor Ort angewiesen. Sie haben das Ohr unmittelbar am Bürger und erkennen deren Sorge und Nöte. Wir möchten Sie erneut bitten, uns mit Anregungen und konstruktiver Kritik zu begleiten. Bitte nutzen Sie dazu auch unseren internetauftritt www.regionalfraktion.freiewaehler.de und die dort genannten Kontaktmöglichkeiten.

Wir wünschen Ihnen eine angenehme und erholsame Sommerzeit und grüßen Sie mit einem Dankeschön für Ihr Engagement.

Ihre Regionalfraktion

Andreas Hesky, Peter Aichinger, Thomas Bernlöhner, Frank Buß, Wilfried Dölker, Rainer Gessler, Bernhard Maier, Gerd Maisch, Reiner Ruf, Thomas Sprißler, Werner Stöckle,

Wilfried Wallbrecht, Johannes Züfle

Fachkräfte, Fachkräfte, Fachkräfte

Initiative der Regionalfraktion findet breite Zustimmung – Junge Menschen müssen in ihrer „Welt“ abgeholt werden

Nach dem Strukturbericht 2013 werden im Jahr 2030 in der Region Stuttgart über 130.000 Fachkräfte fehlen. Manche meinten anfänglich, der Fachkräftemangel sei ein von der Wirtschaft herbeigeredetes Problem. Dass dem nicht so ist, wird nun augenfällig. Unsere Unternehmen suchen händeringend nach Fachkräften und das in allen Bereichen. Waren es anfänglich eher die akademischen Berufe, so sind es heute neben diesen auch qualifizierte Fachkräfte in Ausbildungsberufen, die an allen Ecken und Enden fehlen, um die glücklicherweise übervollen Auftragsbücher abuarbeiten.

Wenn unser Wirtschaftsstandort Region Stuttgart weiterhin erfolgreich bleiben will, ist es notwendig, so Oberbürgerbürgermeister Andreas Hesky in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur und Verwaltung, dass „niemand verloren geht“, also jede Fachkraft erreicht werden kann. Für uns Freie Wähler heißt es daher, dafür zu sorgen, dass ausreichend Wohnraum in der Region Stuttgart vorhanden ist, damit diejenigen, die hier gut Arbeit finden können, auch mit ihren Familien eine Heimat finden und leben können. Und es ist notwendig, alle erreichbaren Fachkräfte

anzusprechen. Daher haben wir Freien Wähler in der Haushaltsplanberatung 2015 den Antrag gestellt, eine Außenstelle des Welcome-Centers, um auch gerade Fachkräfte von außerhalb der Region und der Bundesrepublik anzusprechen, bei geeigneten Fachmessen auf der Messe Stuttgart einzurichten. Hatte die Verbandsverwaltung anfänglich wenig für unseren Antrag übrig, in einer ersten Stellungnahme wurde er recht lieblos abgelehnt, so hat es sich wieder einmal gelohnt, dass wir hartnäckig geblieben sind und darauf bestanden haben, dass sich die Verwaltung gemeinsam mit der Messe GmbH und dem Welcome-Center Gedanken macht. Uns Freien Wähler freut es, dass der Geschäftsführer der Wirtschaftsregion Stuttgart, Dr. Walter Rogg, in der WIV-Sitzung verkündete: Das Welcome-Center wird auf entsprechenden Messen vertreten sein, um Fachkräfte anzuwerben und auf die Chancen in der Region hinzuweisen.

„Wir müssen die Menschen abholen, wo sie sich aufhalten. Das sind gerade Messen, auf denen auch junge Leute, bspw. im Rahmen eines Career Walks, zugegen sind. Unsere heimische Wirtschaft braucht unsere Unterstützung“, so Fraktionsvorsitzender OB Andreas Hesky in der Sitzung des WIV.

Eine wichtige Rolle spielt auch das Dual Career Center Region Stuttgart. Das Netzwerk, dem mehr als 30 Unternehmen angehören, unterstützt Lebenspartner von Fachkräften dabei, am neuen Standort Fuß zu fassen.

(Andreas Hesky)

Windkraft - der regionale Beitrag zur Energiewende ist eine solidarische Verpflichtung

*Regionalfraktion Freie Wähler befürwortet tragfähigen Kompromiss –
Kommen ca. 50 Vorranggebiete?*

Die gesamtgesellschaftlich gewünschte Energiewende kann nur gelingen, wenn alle nachhaltigen Energiequellen aktiv genutzt werden. Neben Wasserkraft, Sonnenstrom und Biomasse liefert die Windkraft dazu einen entscheidenden Beitrag. Auch wenn in unserer Region keine optimalen Windverhältnisse herrschen, die dichte Besiedlung enge Grenzen zieht und Natur-, Landschafts- und Tierschutz hohe Hürden darstellen, müssen wir uns dieser Verantwortung stellen. Die erforderliche Solidargemeinschaft kann nicht bedeuten, dass wir in unserer Region einen weit über dem Schnitt liegenden Energiebedarf haben, die Erzeugung über Windkraft aber überwiegend dem windreichen Norden überlassen. Ganz abgesehen von dem Widerstand, den Überlandstromtrassen auslösen. Die Lösung der Energiefrage setzt entschlossene Schritte zur dezentralen Erzeugung voraus.

Selten hat sich zu einer regionalen Planungsfrage eine so emotionale, eine so polarisierende, eine so breite (Bürger, Städte und Gemeinden, Fachbehörden, Interessenvertretungen) Diskussion entwickelt. Wir Freien Wähler anerkennen, dass auf allen Seiten – und auch in unserem Kreis – mit hohem Engagement der richtige Weg gesucht wird.

Nach umfangreichen Beratungen in der Fraktion, vielen Ortsterminen und dem

Studium der bestens aufbereiteten Unterlagen der Verbandsgeschäftsstelle, bleiben wir bei unserer im Grundsatz windkraftfreundlichen Position.

Wir verhehlen nicht, dass es auch in unserem Kreis eine Bandbreite von Meinungen gibt, sowohl in der Grundsatzfrage als auch zu einzelnen Vorranggebieten für Windkraft (VRG). Eine deutliche Mehrheit in der Fraktion vertritt die Position, dass auch in unserer Region Windkraft ermöglicht werden muss.

Dieser windkraftfreundlichen Linie liegen folgende Gesichtspunkte zugrunde:

- Windenergie ist bei den erneuerbaren Energien neben Wasserkraft eine kostengünstige Technologie zur Strombereitstellung.
- Sie verfügt über marktnahe Gesteigungskosten, die energetische Amortisationszeit beträgt ca. 1 Jahr.
- Unser Land und besonders unsere Region als Industriestandort benötigen aufgrund des Ausstiegs aus emissionsstarken Erzeugungsarten sowie aus der Atomkraft besonders hohe Ersatzkapazitäten.
- Wir sehen auch eine besondere Verantwortung für die Zukunft unseres Wirtschaftsstandortes.
- Wohl wissend, dass der Anteil der Windkraft am Gesamtenergiebedarf überschaubar bleibt, sind uns auch diese Beiträge zur Energiemenge und zur Versorgungssicherheit wichtig.
- Windenergieanlagen vor Ort sind drei- bis viermal kostengünstiger

als Offshore-Anlagen und brauchen keine teuren und ebenso umstrittenen Fernleitungen.

Wir sehen daher gute Gründe, einen „substantiellen Beitrag“ zu Vorranggebieten zu leisten, auch in unserer Region. Das ist unser Auftrag in diesem Abwägungsvorgang, sonst entziehen wir uns der Verantwortung.

Unsere rein sachbezogene Position in diesem Verfahren und zu diesem Zeitpunkt ist auch von folgenden Erkenntnissen geprägt:

- Wir Freien Wähler sprechen ausdrücklich nicht von Standorten, sondern von Vorranggebieten für Windkraft. Wir wollen Optionen schaffen. Erst im Rahmen der immissionsrechtlichen Genehmigungsverfahren können standortbezogenen Fragen wie Abstand zur Wohnbebauung, Lärmschutz etc. geprüft werden.
- Wir erwarten, dass in den notwendigen Genehmigungsverfahren für die weitere Realisierung noch viele Vorhaben auf der Strecke bleiben (Artenschutz, Flugsicherung, Wetterradar, Windhöflichkeit, Wirtschaftlichkeit, usw.).
- Wir sehen aber auch, dass aufgrund des technischen Fortschritts VRG evtl. später noch interessant werden können, auch wenn sie sich jetzt noch als unwirtschaftlich erweisen. Auch deshalb wollen wir Optionen offenhalten.
- Wir lehnen den Vergleich mit den Kriterien für VRG in anderen Regionen ab, weil nur in unserer Region Stuttgart die ausgewiesenen

VRG das Ende der Fahnenstange sind, während in anderen Regionen weitere riesige Gebiete für Windkraftanlagen in Frage kommen.

Aus all diesen Überlegungen speist sich unsere Grundhaltung:

- Wir halten das von der Geschäftsstelle vorbereitete System der Bewertung der abwägungsrelevanten Kriterien und das entsprechende Punktsystem für qualifiziert und geeignet für unsere Abwägung.
- Wir wollen 18 VRG grundsätzlich ausscheiden. Diese haben in der Kombination der Kriterien „Freiraum“ sowie „Wind und Fläche“ eine ungünstige Bewertung erfahren.
- Von den 77 VRG verbleiben somit für uns 59 VRG, von denen möglicherweise einzelne in den anstehenden Beratungen durch Mehrheitsbeschlüsse entfallen werden. Wir halten aber eine Gesamtzahl von über 50 VRG für zwingend.
- Selbstverständlich nehmen wir teil an der genaueren Betrachtung einzelner weiterer VRG. Wir werden uns dabei aber immer von unserer Grundposition leiten lassen.

Zusammenfassung:

- Die Energiewende ist für uns kein Thema für Sonntagsreden, sondern konkrete Notwendigkeit.
- Wir sehen uns in der Verantwortung, in der Region Stuttgart einen „substantiellen Beitrag“ zu leisten für VRG.

• Wir verstehen dies als Beitrag zu umweltfreundlicher, dezentraler Versorgungssicherheit und -unabhängigkeit.

• Wir legen keine Standorte fest für WEA, sondern wir schaffen lediglich Optionen mit den VRG.

• Standorte werden konkret in den jeweils erforderlichen, sich anschließenden Genehmigungsverfahren. Dort kommt es in allen Fällen noch zu detaillierten, jetzt nicht abschließend zu klärenden Überprüfungen.

Fraktionsvorsitzender Oberbürgermeister Andreas Hesky und der Sprecher im Planungsausschuss, Bürgermeister Wilfried Wallbrecht, weisen darauf hin, dass eine jahrelange intensive Planungsarbeit noch im September zu einem vorläufigen Abschluss kommen wird. Dann wird sich zeigen, ob die Region Stuttgart einen wirksamen Beitrag zum landespolitischen Ziel, 1200 Windkraftanlagen zu ermöglichen, leisten kann. Sie merken kritisch an, dass die Unterstützung der Politik in diesem Prozess weit hinter den vollmundigen Ankündigungen zurückgeblieben ist. Es wäre zu erwarten gewesen, dass die grün-rote Landesregierung es nicht allein den Regionalverbänden und Kommunen überlässt, „die Kohlen aus dem Feuer zu holen“. Wer sich ein so hohes Ziel steckt, muss auch bereit sein, nicht nur die große Linie zu verkünden, sondern auch vor Ort Überzeugungsarbeit zu leisten.

(Wilfried Wallbrecht)

Anspruch und Wirklichkeit der Verkehrspolitik der grün-roten Landesregierung

Das Land zieht sich aus der Verantwortung für kommunale Verkehrsinfrastruktur zurück – Regionalfraktion Freie Wähler zeigt Konsequenzen auf

Verstopfte Straßen, überfüllte und unpünktliche Bahnen, Feinstaub- und Lärmbelastung – der Zustand des Nahverkehrs in der Region Stuttgart ist beklagenswert. Und was macht der Landesverkehrsminister? Er verkündet tapfer als politisches Ziel eine Reduktion des Individualverkehrs um 20%. Er druckt teure Broschüren für „nachhaltige Mobilität“.

Sein Programm lautet: „Durch ein intelligentes Zusammenspiel verschiedener Maßnahmen des Verkehrsmanagements, wie der temporären Freigabe von Seitenstreifen, der Verkehrsstelematik, sowie der Stärkung umweltfreundlicher Verkehrsmittel und dem Angebot von Mobilitätsdiensten können auch in Zukunft Straßen leistungsfähiger und Staus vermieden werden“. Oder: „Die Beseitigung von Engpässen im Straßennetz ist nicht zwingend mit einem Neu- oder Ausbau verbunden“. Der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs auf der Schiene als „zentraler Baustein für nachhaltige Mobilität“ wird vollmundig verkündet.

Der genervte Verkehrsteilnehmer und die mit Staukosten belastete Wirtschaft warten vergeblich auf konkrete Schritte und wirksame Verbesserungsmaßnahmen.

Als klassisches Beispiel der Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit dient

der Gesetzentwurf zur Änderung des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes –LGVFG –, der in der jüngsten Sitzung des Verkehrsausschusses des Verbands Region Stuttgart zur Anhörung kam.

Das Gesetz war bisher ein zentrales Fundament zur Finanzierung wichtiger kommunaler Verkehrsinfrastruktur, wie neue Schienenstrecken, Umgehungsstraßen, Straßenausbauten, Beseitigung von Bahnübergängen usw. Damit konnten die Kommunen wichtige Engpässe angehen und namhafte Verbesserungen auf den Weg bringen. Die bisherige Förderquote der in der Regel teuren und aufwändigen Maßnahmen betrug 75 %. Nun soll der Fördersatz auf 50 % reduziert und die bisherige Aufteilung mit 100 Mio. € p.a. im kommunalen Straßenbau und 65,4 Mio. € im ÖPNV sukzessive zugunsten des Umweltverbundes, d.h. ÖPNV, Fuß- und Radverkehr, umgekehrt werden. Außerdem wird eine Festbetragsförderung eingeführt, d.h., das volle Kostensteigerungsrisiko liegt bei den Kommunen.

Das Ziel ist klar, die Folgen sind fatal!

Das neue LGVFG ist das Ende des Ausbaus namhafter kommunaler Verkehrsinfrastruktur. Dies ist wohl politisch gewollt. Die Kommunen sind nicht in der Lage, bei teuren und dadurch wirksamen Baumaßnahmen die entstehende Deckungslücke zu schließen. Sie werden geradezu zum Bau von „Kleinvieh“, wie Rad- und Fußwegeinfrastruktur, gedrängt. Die Wirksamkeit auf die o.g. großräumigen Verkehrsprobleme vermag jedermann selbst nachvollziehen.

Beispiele gefällig:

In meiner Verantwortung als Bürgermeister, Kreisrat und Landrat wurden in den letzten 20 Jahren mit Hilfe der GVFG – Förderung zahlreiche teure und wirksame Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen im Kreis Böblingen gebaut.

Im Einzelnen:

- 13 Ortsumfahrungen im Zuge von Kreisstraßen
- die Ammertalbahn
- die Schönbuchbahn
- die S 60
- zahlreiche Beseitigungen von schienengleichen Bahnübergängen.

Mit einer Förderquote von 50 % und einer Festbetragsregelung unter Ausschluss des Kostensteigerungsrisikos wäre, so meine Überzeugung, wäre keines dieser teuren und risikoreichen Projekte verwirklicht worden...

Das Ziel einer Reduktion des Individualverkehrs um 20 % wird aber auch nach dem neuen LGVFG weiterhin hochgehalten. Es dient ja „einer nachhaltigen Mobilitätsentwicklung und durch eine modifizierte Förderkulisse einer weiteren Verbesserung der Verkehrsverhältnisse“, so die Gesetzesbegründung. Wie das gehen soll, bleibt der Fantasie der Verkehrsteilnehmer überlassen.

Dass hier etwas nicht mehr stimmt, ahnt wohl auch der Koalitionspartner des grünen Verkehrsministers. Immerhin hat die SPD-Fraktion in der Regionalversammlung zusammen mit uns, der CDU und der FDP, ja sogar den Linken, gegen die Stimmen der Grünen, für eine Beibehaltung der alten Förderquote gestimmt.

Wie das dann wohl im Landtag bei der Beschlussfassung zum neuen Gesetz aussieht?

(Bernhard Maier)

Aus den Landkreisen

Ludwigsburg: Kreisumlage 2016 soll bei 31 Punkten liegen

Warum? Ende 2015 ist von einer Liquidität im Kreishaushalt von 50 Millionen Euro auszugehen - 2015 gibt es einen außergewöhnlichen Beitrag der Abfallverwertung Ludwigsburg (AVL) mit 4,4 Millionen Euro für den Kreishaushalt - es ist weiterhin eine gute wirtschaftliche Gesamtsituation festzustellen

„Unser gemeinsames Ziel ist die Kreisumlage 2016 auf 31 Punkten festzulegen“, erklärten die Fraktionsvorsitzenden der FDP, Volker Godel, der SPD, Jürgen Kessing und der Freien Wähler, Rainer Gessler. Die vergangenen Jahre hätten dauerhaft hohe Liquiditätsergebnisse am Jahresende gebracht auch 2015 ist mit rd. 50 Millionen Euro zu rechnen, dadurch müssen keine Schulden aufgenommen werden und auslaufende Kreditverpflichtungen werden unmittelbar getilgt. Außerdem sei die wirtschaftliche Situation nach wie vor stabil. Deshalb kann die Umlagenhöhe 2015 auf 31 Punkte reduziert werden.

Der Landkreis sei beim Schuldenabbau deutlich vorangekommen von 1998 mit 168 Millionen Euro bis heute auf 47 Millionen (Ende 2015) Euro.

„Dadurch ergeben sich Spielräume, die es weiter zu nutzen gilt“, so

Godel. An einem insgesamt soliden Finanzkurs für den Landkreis werde man damit festhalten, d.h. auch in 2016 werden die Schulden planmäßig getilgt.

„Bei vielen Städten und Gemeinden ist die Finanzlage nach wie vor nicht so rosig, da die Aufgaben bei Kinderbetreuung und Bildung weiter zugenommen haben“, stellte Gessler fest. Im Schulhausbau stehen, durch die notwendige Sanierung oder den Neubau von Schulen, erhebliche Kraftanstrengungen der Kommunen ins Haus, oder müssen derzeit schon finanziert werden. Die sich verändernde Schullandschaft, wie beispielsweise die Gemeinschaftsschule stellt große 2016 bringt schon eine Entlastung von knapp 2 Punkten. Der Landkreis muss, auch wie die Städte und finanzielle und strukturelle Herausforderung für die Kommunen dar.

Bei dem Ziel, die Kreisumlage auf 31 Punkte festzusetzen, ist es den beteiligten Fraktionen wichtig, dass die Kreisumlage nicht „rauf und runter“ geht. Aufgrund der aktuellen und der absehbaren Entwicklungen ist dies nicht zu befürchten. Der Kreishaushalt sieht zwar in der mittelfristigen Finanzplanung für 2016 33,5 Punkte vor. Aber die höhere Steuerkraftsumme 2016 bringt schon eine Entlastung von knapp 2 Punkten. Der Landkreis muss eben, wie auch die Städte und Gemeinden auf jeden Euro bei den Ausgaben achten.

Regionalkonferenz am 5. Oktober 2015 in Welzheim

Für Ihre Terminplanung möchten wir Sie schon heute auf die am Montag, 5. Oktober in Welzheim stattfindende Regionalkonferenz der Freien Wähler hinweisen. Die Veranstaltung findet in der Einrichtung „Eins + Alles“ der Christopherus Lebens- und Arbeitsgemeinschaft statt. Nähere Informationen über dieses bemerkenswerte Haus finden Sie unter www.eins-und-alles.de

Die Regionalkonferenz ermöglicht ab 18 Uhr eine geführte Besichtigung in einem weit gespannten „Erfahrungsfeld der Sinne“. Ab 19,30 Uhr beginnt dann die Konferenz mit Referaten zu aktuellen regionalpolitischen Themen. Wie immer schließt sich eine offene Diskussionsrunde an.

Aus dem Landesverband Freie Wähler

Verkehrsinfrastruktur und schnelles Internet sind unverzichtbare Standortvoraussetzungen

Landesverband Freie Wähler fordert die Regierung zu schnellerem Handeln auf – Kritik kommt auch aus der Wirtschaft

Intakte Verkehrsinfrastruktur und schnelles Internet als wesentliche Standortfaktoren für Baden-Württemberg sind massiv gefährdet! Freie Wähler Landesverband fordert schnelles Handeln bei der gesamten Infrastruktur und mehr Mittel.

Ein massiver Sanierungsrückstau von Straßen und vor allem auch Brücken lassen für die Bevölkerung und die Wirtschaft in Baden-Württemberg das Schlimmste befürchten. „In den nächsten Jahren werden eine Vielzahl von Brücken gesperrt werden müssen, wenn Land und Bund nicht schnell und wirksam reagieren“, so Wolfgang Faißt, Landesvorsitzender der Freien Wähler in Baden-Württemberg. „Das ist für Baden-Württemberg eine Katastrophe! Das Problem ist zwar längst erkannt, aber die Politik versagt bislang und ich habe den Eindruck, es wird nur herumgebastelt wie an einem Flickenteppich“, ergänzt er. „Wir dürfen jetzt in unserem Land nicht nur auf „Klein-Klein-Lösungen“ oder „Überall-ein-Tropfen“ setzen, wenn es bei den Straßen, Brücken, den Schulen, Kitas und dem schnellen Internet bei uns ganz grundsätzlich krank“, macht Faißt deutlich.

Deutschland, allen voran und mit deutlichem Abstand Baden-Württemberg hat die größte Zahl an mittelständischen Unternehmen, die für sich und die Bürger der betroffenen Gemeinden dringlichst ein einheitliches Konzept, deutlich schnellere Realisierungsmöglichkeiten von Vorhaben und erheblich mehr finanzielle Mittel benötigen. Ralph Schäfer, geschäftsführender Vorstand im Landesverband, zuständig für den Bereich Wirtschaft und Politik macht deutlich: „Durchschnittlich 5 bis 10 Jahre Realisierungszeit für größere Baumaßnahmen sind ein Unding und völlig inakzeptabel. Selbst für die dringend notwendigen energetischen Sanierungen an Schulen, Mehrzweckhallen oder Kindertagesstätten, werden oft 3 bis 5 Jahre Vorlaufzeit benötigt.“ Und zu den finanziellen Realisierungsmöglichkeiten führt er folgendes aus: „Es geht um alternative PPP-Finanzierungsmodelle und um kreative Lösungen, wie zum Beispiel durch einen speziellen, großzügig bemessenen Infrastrukturfonds.“

„Baden-Württemberg muss wieder an der Spitze stehen, gerade um den Standort für die Bürgerinnen und Bürger und für die mittelständische Wirtschaft attraktiv zu erhalten. Deshalb unterstützen wir auch alle Aktivitäten, die dazu dienen, dem schnellen Internet und Breitbandausbau wirklich auf die Sprünge zu helfen. Dazu gehört die Initiative für eine Netzinfrastruktur aus einem Guss der Region Stuttgart durch die Wirtschaftsförderungsgesellschaft genau so, wie die zahlreichen Vereine und Zweckverbände, die das schnelle Netz mittlerweile in Eigenregie auf Gemeinde- und Landkreisebene in die Tat umsetzen. Eine gute und funktionierende Infrastruktur ist die Basis für unsere erfolgreiche Entwicklung

und zwar sowohl in den Städten, wie auch in den ländlicheren Bereichen,“ so abschließend Wolfgang Faißt.

V.i.S.d.P.
Alfred Bachofer
Paul-Gerhardt-Straße 31
72622 Nürtingen
07022 470 909
alfred@bachoferonline.de